Einwand ganz anders begegnet werden. Es handelt sich um einen Vergleich zwischen sozialisierter und bisheriger Wirtschaft. Nun wird notwendig der sozialisierten Wirtschaft ein Plan untergelegt, denn sie soll ja „gemacht" werden. Den neuen Plan kritisiert die Gegenseite auf ihre Art. Dabei tut sie so, als habe die andre, die bisherige Wirtschaftsform, ohne Plan funktioniert, als lasse sie „natürlich", „kunstlos", „organisch" ab usw. Das ist selbstverständlich falsch. Im Gegenteil, sie beruht auf sehr viel komplizierten, widernatürlichen, undurchsichtigeren „Plänen" als es die Vorschläge der Sozialisierungskommission sind. Das kann man nur solange verkennen, wie man übersieht, daß der Organisationsplan der „freien" Wirtschaft in hundert Einzelbestimmungen, Verträge, Gesetze, Rechte, Uebungen usw. zerstückelt ist. Also: der freien Wirtschaft liegt nicht ein vereinheitlichter, in einem Schriftsatz vereinigter Plan zugrunde, aber darum doch nicht keiner!, sondern eben ein verzettelter.

Wenn man einmal zusammenstellen würde: sämtliche Erbrecht- und Besitzrechtbestimmungen, sämtliche Verträge zwischen den Werken untereinander und den Banken, die einschlägigen Teile des Aktien- und des Handelsrechts, die maßgebenden Protokolle und Beschlüsse der Kartelle usw. usw. — wenn man dann dieses wirre und wüste Lexikon von Bestimmungen über den Bergbau, von Fesseln, Schlingen und Zwängen aller Art dem knappen Grundgesetz der sozialisierten Kohlenwirtschaft gegenüberstellen würde — dann erst würde jedermann sehen, wie unsäglich dreist und erschlichen die Behauptung ist, dieses Grundgesetz sei vergleichsweise „undurchsichtig" usw. Nein, nichts in der Welt ist so undurchsichtig, wie die „freie" Wirtschaft, denn sie lebt vom Fischen im Trüben. Es ist ja gerade erst die Profitwirtschaft des 19. Jahrhunderts, unsre Wirtschaft, gewesen, welche das ganze System der Produktion in eine Dunkelkammer verwandelt hat, und nun kennt sich darin nur — der Unternehmer aus, der den Gewinn einstreicht, während er unter dem Titel „Geschäftsgeheimnis" durch Gesetze und Praxis mit Erfolg alle andren und die Gesamtheit von der Einsicht in das Entstehen der Ware und des Profits abgeschnitten hat.

Es gibt noch viele Einwände gegen die Sozialisierung, welche ähnlich zu erledigen wären wie dieser fünfte. Aber wir schließen für diesmal die Liste. Es gilt heute grundsätzlich zu erkennen, daß die Unternehmerschaft nunmehr, etwa seit einem Vierteljahr, auf die wirklich gefährlichen Tricks und Schachzüge verfallen ist. Die Lage ist furchtbar ernst. Weltgeschichtlich betrachtet, könnte man es vielleicht nicht so entscheidend finden, ob die Kohlenwirtschaft gerade 1921 umgestaltet wird oder fünf Jahre später; da mag es scheinen, als ob der Sozialismus, das Endziel gewiß, warten könne. Aber vielleicht wird jetzt die Marne-Schlacht der sozialistischen Bewegung geschlagen. Erweist sich der Sozialismus als unfähig, den Einwänden der Kapitalisten entgegenzutreten, so verliert er nicht nur bei allen Schwankenden jeglichen Kredit, sondern auch bei einer großen Zahl von Arbeitern. Jetzt, nicht in fünf Jahren, haben die führenden Sozialisten zu beweisen, daß sie ihrer Aufgabe gewachsen sind. Der Kampf wird auf dem Felde der Theorie, der wirtschaftstheoretischen Auseinandersetzung entschieden. Unterliegt der Sozialismus hier, so ist einer vielleicht nicht „freiwirtschaftlichen", aber ein recht gut sozialistischen Wirtschaft die Bahn freigegeben. Denn daß wir nicht fortwursteln, sondern neue Formen erreichen werden, steht fest; auch die Unternehmerschaft ist dazu entschlossen — vor einer Woche hat Stinnes seinen Feldzugsplan zum erstenmal enthüllt! Die Aufgabe ist klar, aber auch schwer. Der Sozialismus muß alles daransetzen, sich mit entscheidenden Gründen für seine Sache einzusetzen; es geht nicht mehr an, gerusam zu glauben, daß ihm der Sieg infolge einer vermeintlich „naturnotwendigen" Entwicklung sicher sei. Der gefährlichste Feind des Sozialismus ist heute die Stimmung vieler Sozialisten: „Wir übersehen das Für und Wider in der Frage der Sozialisierung nicht, aber wir haben ein Gefühl, daß die Einwände dagegen vielleicht richtig sein könnten." Sie sind nicht richtig, und wer sich vom Sozialist will nennen dürfen, hat die Pflicht, sie zu durchdenken — mit lahmen „Stimmungen" ist die Marne-Schlacht nicht zu gewinnen!

Wolfgang Schumann.

Die Wendung in Griechenland

Die Wahlen für die neue griechische Regierung haben eine bedeutende Niederlage des Kreters Venizelos und seiner Anhänger gebracht. Mit einer Ausnahme sind sämtliche Minister seines Kabinetts durchgefallen. Die Regierung beschloß, die endgültigen Ziffern abzuwarten und dann „an die Stimme des Volkes zu appellieren".

Athen, 16. November. Die Regierung hat dimissioniert. Der Regent hat Rhallis zu sich berufen. Dieser hat abgelehnt. Wahrscheinlich wird nunmehr Gunaris das Kabinett bilden.

Athen, 17. November. (Havas.) Wahrscheinlich wird die Königin Olga heute die Regentschaft übernehmen.

Venizelos ist endgültig zurückgetreten. Er erklärte: Ich habe meine Pflicht getan. Das Volk hat meine Politik verurteilt. Ich ziehe mich zurück. Ist das die Handlung eines Tyrannen?

Die Führer der Mehrheit erklären die Wiedereinsetzung des Königs Konstantin als vollendete Tatsache. (Es bleibt allerdings fraglich, ob die Ententemächte dazu ihre Zustimmung geben. D. Red.) Das Kabinett Gunaris wird morgen den Eid leisten. Rhallis wird das Portefeuille des Aeußern übernehmen.

•

Basel, 18. November. Die Genfer Suisse meldet, daß laut einer bei der dortigen griechischen Kolonie eingetroffenen Athener Depesche sämtliche griechischen Auslandsvertreter abberufen werden sollen.

Zusammenstöße in Athen

Rom, 18. November. Der Athener Korrespondent des Tempo meldet von Zusammenstößen vor dem Venizelosklub und dem Schloß. Das Militär machte von seinen Schußwaffen Gebrauch. Es gab viele Opfer. Die Venizelospartei verlangt Annullierung der Wahlen.

Land Oberschlesien

Der Reichsrat nahm in seiner Dienstagsitzung den Gesetzentwurf betreffend Oberschlesien einstimmig an. — Der Berichterstatter führte dazu aus, daß der Gesetzentwurf ein Mittel sei, um die Aussicht auf Deutscherhaltung Oberschlesiens zu vergrößern. Die Frage einer grundsätzlichen Aenderung des Artikels 18 wird dadurch in keiner Weise berührt. Allerdings bringt der Gesetzentwurf verschiedene Abweichungen, so die, daß die Neubildung des Landes vor der Abstimmung vorgenommen wird, sowie, daß auf ein der Volksabstimmung vorangehendes Volksbegehr verzichtet wird. — Innerhalb zweier Monate nach der Uebernahme der Verwaltung durch die deutschen Behörden soll eine Volksabstimmung stattfinden, ob ein Land Oberschlesien gebildet werden soll. Darauf wird eine oberschlesische Landesversammlung gewählt. Die oberschlesische Staatsangehörigkeit erwerben alle Reichsangehörigen, die am Tage der Bildung des Landes dort ihren Wohnsitz haben, ferner alle gebornen Oberschlesier, wenn sie innerhalb eines Jahres die Staatsangehörigkeit erwerben wollen.

Die Festsetzung der Danziger Verfassung

Genf, 18 November. Der Rat des Völkerbundes hat gestern abend eine Sitzung abgehalten, die der Danziger Frage gewidmet war. Nach der Prüfung der von dem polnischen Delegierten Paderewski und dem Vertreter Danzigs Dr. Sahm geltend gemachten Rechtspunkte hat der Rat des Völkerbundes den endgültigen Wortlaut der Verfassung der Freien Stadt Danzig festgesetzt.

Reichskongreß der Erwerbslosenräte

Berlin, 15. November 1920.

Der Reichskongreß, der am Sonntag in Haberlands Festsälen eröffnet worden war, trat am Montag in seine sachlichen Beratungen ein.

Zunächst referierte Kummerer, Stuttgart, über die Taktik und Organisation der Erwerbslosenräte. Früher seien die Erwerbslosen mit ihrer Kampfesstimmung der getrocknete Zunken für das bürgerliche Pulverfaß gewesen und hätten, wenn sie auf die Straße gingen, die größte Macht. Diese Macht ist aber zusammengebrochen. Nun suchen wir uns zu organisieren, um unsre Kraft zu steigern. Aber der Syndikalismus hat gerade bei den Erwerbslosen Triumphe gefeiert und ihre Kraft lahmgelegt. Wir tagen hier als Vertreter einer Bewegung, die ausschlaggebend sein müßte für ganz Deutschland, wie ein Kümmelblättchenverein ohne jede Anteilnahme der Oeffentlichkeit. Die Entwicklung der Erwerbslosenfürsorge dreht sich im Kreise. Wir stehen jetzt an demselben Punkt, wie in den ersten Tagen der Revolution. Wieder liegen die Arbeitslosen zu Hundertausenden auf der Straße. Was der Staat uns bei seinem 64-Milliarden-Defizit geben kann, sind im günstigsten Fall nur wertlose Papierfetzen. Wir müssen zum rücksichtslosen Kampf kommen. Unser Sieg wird die restlose Erlösung des Proletariats bringen. Wir müssen uns organisieren unter Anschluß an die Gewerkschaft. Wir müssen Politik treiben, denn ohne Politik gibt es keine Erwerbslosenfürsorge. Die revolutionären Arbeiter an der Seite der Arbeitslosen im Kampfe gegen die konterrevolutionären Bonzen! so lautet die Parole, die zum Siege führt.

In der anschließenden Diskussion bezeichnete der Kommunist Stoecker die gestrige Sprengung der Betriebsrätekonferenz durch die Arbeitslosen als einen Irrsinn. Schröder von der Betriebsrätezentrale behauptet, daß zwei Orgelschleute die Führer der gestrigen Arbeitslosendemonstration im Sportpalast gewesen seien.

Es wurden sodann zwei Entschließungen eingebracht. In der einen erklärt der Kongreß, daß er das gestrige Vorgehen der Arbeitslosen bei der Sprengung der Betriebsrätekonferenz als verbrecherisch und konterrevolutionär verdamme und die Berliner Arbeitslosen auffordre, sich von dieser Gruppe loszusagen. In dem zweiten Antrag erklärt es der Kongreß für notwendig, daß die Erwerbslosen überall die Verbindung mit den in Frage kommenden Organisationen aufnehmen, und verlangt, daß den Erwerbslosen eine ihrer Zahl und Bedeutung entsprechende Vertretung eingeräumt wird. Als Ziel des Kampfes der Erwerbslosen wird die kommunistische Gesellschaft bezeichnet. Als Gegenwartsforderungen werden aufgestellt: Eine menschenwürdige Existenz, die durch Arbeitsbeschaffung oder Unterstützung in der Höhe des Existenzminimums der kapitalistischen Gesellschaft abgerungen werden muß, und die Aufnahme des Kampfes um die Kontrolle der Produktion.

Am Nachmittag wurde die Diskussion über die Taktik und Organisation der Erwerbslosenräte fortgesetzt. Lelieseffis von der K. A. P. D. erklärte, die Arbeitslosenräte seien für Berlin restlos erledigt, da sie einen Bremsklotz für den revolutionären Elan der Arbeitslosen bedeuten. Beim Streik der Elektrizitätsarbeiter in Berlin war die Gelegenheit geboten, für die Proklamierung des Generalstreiks. Damals hätte man die Arbeiterschaft zur Aktion bringen können, wenn nicht ein Teil der Arbeiter den Streik abgewürgt hätte. So wird auch die Forderung der Kontrolle über die Produktion durch die dem Kapitalismus verfallenden Betriebsräte auf ein totes Geleis geschoben. Sind doch die Fraktionsvorstände der Kommunistischen Partei am letzten Mittwoch in einem Privatauto der Fabrikanten zur Sitzung vorgefahren.

Die Erwerbslosen Deutschlands und die Erwerbenden werden die vollkommene Korruption der Betriebsräte noch erkennen. Kaschewski, Elbing: Jede Aktion muß auf den Generalstreik hin aufgebaut werden. Die Revolution ist ja in der Hauptsache nichts anderes als eine Magenfrage. An diesem Punkte muß eingesetzt werden. Rosenauer, Landesvorstand der bayerischen Erwerbslosenräte, erklärt darauf: Wenn die Parteipolitik nicht aus den Beratungen des Kongresses ausgeschaltet wird, werden ich und meine Gesinnungsgenossen die Versammlung verlassen. Nach längerer erregter Debatte hierüber wird im Sinne der Bayern entschieden. In der weiteren Diskussion wird betont, die Arbeitslosenräte müßten bei Besprechung ihrer Angelegenheiten auch in den Gewerkschaften die Führung mit allen Mitteln an sich bringen.

Darauf erhält Kummerer das Schlußwort. Die Gewerkschaftsführer, die von der Masse der Arbeiter geschoben wollen, täten mir so, als ob sie sich für die Erwerbslosen interessieren. In den Führern der Gewerkschaften, dieser konterrevolutionären Führung einer revolutionären Organisation, sehen wir unsre Feinde. Wir sind in Deutschland bald soweit, daß wir zugrunde gehen, weil Berlin die Revolutionierung der Massen zu schlaff betreibt. Die gesamte Aktion ist nur durchzusetzen durch den Zusammenschluß mit den revolutionären Gewerkschaften unter revolutionärer Führung.

Darauf wurde ein Antrag einstimmig angenommen, worin der Reichskongreß sowohl das vorhandene als auch das im Entwurf befindliche Arbeitslosen-Versicherungs-Gesetz ohne jede Diskussion ablehnt.

Der deutsche Bergbau im Oktober 1920

Dem von der Hachgruppe Bergbau des Reichsverbandes der deutschen Industrie herausgegebenen Bericht über den deutschen Bergbau entnehmen wir folgendes:

Im Steinkohlenbergbau ist durchweg eine Förderungssteigerung gegenüber dem Vormonat und eine beträchtliche Steigerung gegenüber Oktober 1919 erfolgt.

Im Ruhrrevier beträgt die Steinkohlenförderung 8 037 000 Tonnen, gegenüber 6 945 901 Tonnen im Oktober 1919.

In Oberschlesien 2 797 290 Tonnen, gegenüber 2 508 947 Tonnen im Oktober 1919.

In Niederschlesien 399 581 Tonnen, gegenüber 381 681 Tonnen im Oktober 1919.

Im Revier Zwickau-Lugau-Oelsnitz 359 910 Tonnen, gegenüber 334 454 Tonnen im Oktober 1919.

Die Belegschaftsziffern sind seit Oktober 1919 in allen Revieren beträchtlich gewachsen. Im Ruhrrevier Oktober 1919 433 978 (September 1920: 504 253), in Oberschlesien Oktober 1919: 152 000 (Oktober 1920: 176 000).

Niederschlesien Steigerung im letzten Vierteljahr um 652 auf 37 651; Zwickau-Lugau-Oelsnitz auf 33 000 (Oktober 1919: 27 918).

Die Leistung pro Mann und Schicht ist jedoch nicht gestiegen, so beträgt z. B. im Revier Zwickau die Steigerung der Förderung 7 Prozent, die Steigerung der Arbeiterzahl 15 Prozent.

Die Wagengestellung genügte durchweg nicht. Relativ am besten versorgt war das Ruhrrevier, am schwächsten das sächsische.

Im Braunkohlenbergbau hat sich die Förderung durchweg auf der Höhe des Vormonats gehalten; beeinträchtigt wurde hier das Fördergergebnis durch den Wagenmangel, der sich im Halleschen Bezirk in der zweiten Monatshälfte auf 50 Prozent belief. In der rheinischen Braunkohlenindustrie ist eine beträchtliche Vermehrung der Belegschaft seit Oktober 1919 8794 Mann, zu melden.

Die Förderung von Kali ist in den letzten Monaten konstant an Salzen 1 Million Tonnen geblieben, gegenüber den gleichen Monaten des Vorjahres bedeutet das eine Steigerung von 250 000 Tonnen Salz. Es ist eine starke Absatzstockung zu melden, deren Schuld zum Teil der Wagenmangel trägt, der in den ersten beiden Beladen des Oktobers 77 bis 78 Prozent betrug. Im gesamten Bergbau sind neue beträchtliche Lohnforderungen erhoben und zum Teil bewilligt, ohne daß eine Erhöhung der Kohlenpreise genehmigt worden ist.

Aus dem Erz- und Metallerzbau und aus dem Gebiet der bayerischen Pechkohle liegen genaue statistische Nachweise noch nicht vor.

Ein Zusammenbruch des Radikalismus

Die sozialdemokratische Pressekorrespondenz schreibt zu den Landtagswahlen: Die Arbeiterklasse hat es an Warnungssignalen, wohin der Weg der Spaltung und des Bruderkampfes führt, bisher nicht gefehlt. Der Ausfall der sächsischen Wahlen bedeutet ein neues Warnungssignal von solcher Heftigkeit, daß man sagen muß, wer dieses Signal übersieht, dem ist nicht mehr zu helfen. Sachsen, das ehemalige rote Königreich, ist als Republik nicht mehr rot! Vielleicht, daß noch eine kleine Mehrheit der Arbeiterparteien zum Schluß herausgerechnet werden kann. Aber selbst, wenn sich wirklich eine solche Mehrheit von ein oder zwei Stimmen mit Hängen und Würgen ergeben sollte, so würde diese Mehrheit doch nur auf dem Papier stehen, denn sie setzt sich zusammen aus nicht weniger als vier sozialistischen Fraktionen, bei denen ein geschlossenes Zusammengehen nicht zu erwarten ist. Da, wie immer, die Kommunisten praktisch für die Reaktion zählen, so kann diese sich schon heute ihres Sieges freuen.

Betrachtet man das Resultat der jetzigen Landtagswahlenwahlen gegen das der ersten Landtagswahl in Sachsen, so sieht es aus, als habe die Sozialdemokratie die Hauptniederlage erlitten. Vergleicht man aber die jetzigen Stimmen mit denen der Reichstagswahl vom 6. Juni 1920, so ergibt sich, daß die jetzige Wahl einen vollen Zusammenbruch des Radikalismus darstellt. Die Sozialdemokratie hat ihre Stimmenzahlen vom 6. Juni mit ganz geringen Verlusten behauptet, Verlusten, die prozentual weit geringer sind, als der allgemeine Rückgang der Wahlbeteiligung. Dagegen ist die U. S. P., die am 6. Juni fast ebenso stark in Sachsen dastand wie die Sozialdemokratie, auf fast die Hälfte ihrer Stimmen zusammengestürzt. Die Parteispaltung ist bei ihr zur Parteikatastrophe geworden. So hat die U. S. P. im Wahlkreise Dresden am 6. Juni 188 000 Stimmen erhalten. Jetzt kam auf die rechte U. S. P. nur noch ein Rest von 65 000, auf die linke U. S. P. 15 000. Im Wahlkreis Leipzig sind von 267 000 unabhängigen Stimmen am 6. Juni jetzt noch etwas über 190 000 übrig geblieben, von denen etwa ein Fünftel auf die linke U. S. P. fällt. Im Wahlkreise Chemnitz sind von 133 000 unabhängigen Stimmen noch nicht einmal die Hälfte, nämlich nur 65 000 übrig geblieben. Die linke U. S. P. hat es nur auf ganz schwache Stimmenzahlen gebracht und auch die kommunistische Gruppe ist klein geblieben, in ihrem Hauptsitz Chemnitz sogar zurückgegangen. Selbst wenn die K. P. D. im ganzen 10 000 oder 20 000 Stimmen Gewinn buchen kann, so bleibt doch ein Totalverlust der drei linksradikalen Richtungen von etwa 220 000 Stimmen gegen die letzte Reichstagswahl bestehen, das heißt ein Verlust von über 40 Prozent der damals erhaltenen Stimmenzahl.

Man kann also hier von einem Zusammenbruch des Linksradikalismus sprechen. Zu einer Freude hierüber besteht allerdings kein Anlaß, weil die Massen, die sich vom Linksradikalismus abwenden, für die Arbeiterbewegung zunächst überhaupt verloren zu sein scheinen. Das ist leicht erklärlich. Man hat die Massen erst von der Sozialdemokratie weggehetzt und ihnen alles mögliche verheißen, wenn sie sich den linksradikalen Gruppen anschließen würden. Bei den Linksradikalen angelangt, haben die Arbeiter nichts gefunden, als gegenseitige Begeiferung, endlose Zerspaltung und radikales Maulheldentum. Jetzt ziehen sie sich enttäuscht von der Politik überhaupt zurück und bleiben an Wahltagen zu Hause. Das zeigt die geringe Wahlbeteiligung, die ausschließlich auf die Indolenz der Arbeiter zurückzuführen ist, während das Bürgertum fast vollständig an der Urne erschien. Nur so erklärt es sich, daß in einem Industrieland wie Sachsen die ernsthafte Gefahr einer bürgerlichen Mehrheit entstehen konnte. Da soll man freilich nicht auf die Demokratie schimpfen. Denn es ist doch sicher kein Verschulden der Demokratie, wenn in einem Land, wo schon 1903 unter dem Druck des alten Systems eine ungeheure rote Mehrheit erzielt wurde, die Arbeiterschaft plötzlich in die Defensive gerät. Das ist ausschließlich Schuld der Arbeiter selber.

Die Lehre aus der sächsischen Wahl ist daher sehr einfach zu ziehen: Wenn die Arbeiterschaft nun nicht bald aus der Selbstzerfleischung und Spalterei zur Einheit und Geschlossenheit der Bewegung zurückkehrt, wird sie bald auch in ihren sichersten Hochsitzen erliegen. Freilich erleben wir noch alle Tage Ereignisse, die zeigen, daß die Zeit des wahnsinnigen Wütens gegen sich selber noch lange nicht vorbei ist. Wenn man liest, daß eine Versammlung der kommunistischen Betriebsräte, in der so erlauchte radikale Größen wie Brandler und Thalheimer predigten, von einer wütenden Arbeitslosendemonstration gesprengt wurde, so weiß man nicht, ob man darüber mehr lachen oder mehr weinen soll. Ja, so geht es dem Entlarvern! Erst haben die Dittmann und Crispien die Mehrheitssozialdemokratie „entlarvt", dann sind sie selber von den Däumig, Stöcker usw. als Verräter entlarvt worden, die Herren Brandler und Thalheimer entlarven wiederum die Mehrkommunisten, um schließlich ihrerseits von den radikalen Arbeitslosen entlarvt zu werden. Die Leute, die alles Vertrauen zu den Führern untergraben haben, ernten jetzt die Früchte: zu ihnen hat erst recht niemand Vertrauen. Wenn sie nun den Arbeitslosen Verbeugungen und schöne Worte machen, so werden sie ausgelacht.

Sachsen ist ein flammendes Warnungssignal. Es zeigt, in welchen Abgrund die radikale Parteispaltung die Arbeiter-

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19201118/2 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG